

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt
Beigeordneter
Geschäftsbereich 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Claus Wartenberg
Herr Klaus Rietz
SPD
CDU/ANW
entschuldigt
entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk
AfD
nicht entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Tino Henning
Herr Carsten Linke
Herr Stefan Matz
Frau Anja Sacher-Pluschke
Herr Holger Wolinski
DIE LINKE
DIE aNDERE
DIE LINKE
Beirat für Menschen
mit Behinderungen
SPD
nicht entschuldigt
entschuldigt
nicht entschuldigt
nicht entschuldigt
nicht entschuldigt

Gäste

Herr Bernd Richter
Herr Dr. Guido Schielke
Herr Jakob Moninger
Herr Norman Niehoff
Frau Johanna Franke
Frau Nicole Prestin
Frau Viola Holtkamp
Herr Thomas Schenke
Frau Ilona Hoenes
Herr Andre Lehmann
Frau Cordine Lippert
(Kommunaler Immobilien Service [KIS]) zu TOP 3.1
(Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung,
Amtstierarzt) zu TOP 3.2, 4.13
(Bereich Umwelt und Natur) zu TOP 4.1
(Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 4.2, 4.6, 4.8
(Bereich Stadtentwicklung) zu TOP 4.3
(Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger
[Abfallentsorgung]) zu TOP 4.4
(Bereich Verbindliche Bauleitplanung) zu TOP 4.5
(Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) zu TOP 4.7,
4.10, 4.11, 4.12
(Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten) zu TOP
4.9
(Energie und Wasser Potsdam GmbH [EWP]) zu TOP
4.12
(Kordinierungsstelle Klimaschutz) zu TOP 5.1, 5.2

Protokoll:
Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.11.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Mitteilungen der Verwaltung aus der Sitzung des KOUL-Ausschusses vom
22.11.2018
(aus zeitlichen Gründen nicht geschafft)
- 3.1 Berichterstattung zum "Grünkonzept Hermannswerder"
(gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0266)
Kommunaler Immobilien Service (KIS)
- 3.2 Berichterstattung zum Sachstand/ Evaluation zur "Weiterführung der Erstattung
der Trichinenuntersuchungsgebühr"
(gem. DS 18/SVV/0574 - Festlegung aus der Stadtverordnetenversammlung
vom 5.9.2018)
Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Baumschutz und Baumerhalt
Vorlage: 18/SVV/0731
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und
Natur
(Mitteilungsvorlage)
(nicht geschafft im KOUL am 22.11.2018)
- 4.2 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße
Vorlage: 17/SVV/0912
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
KOUL, SBV (ff)
(Wiedervorlage)
- 4.3 Flächennutzungsplan-Änderung "Kramnitz" (14/17 A) , Abwägung und
Feststellungsbeschluss
Vorlage: 18/SVV/0836
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL, OBR Fahrland
- 4.4 Öffentliche Auslegung - Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes der LH Potsdam
2018 - 2023
Vorlage: 18/SVV/0840
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 4.5 Bebauungsplan Nr. 157 "Neue Mitte Golm", Änderung des räumlichen
Geltungsbereiches und Flächennutzungsplan-Änderung
Vorlage: 18/SVV/0858
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL, OBR Golm

- 4.6 Stärkung des Umweltverbundes im STEK Verkehr
Vorlage: 18/SVV/0872
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
- 4.7 Bordabsenkung am Brandenburger Tor und Luisenplatz
Vorlage: 18/SVV/0873
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL, SBV (ff)
- 4.8 Erschließung von Krampnitz durch eine Buslinie
Vorlage: 18/SVV/0874
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL, SBV (ff)
- 4.9 Verringerung der Beeinträchtigungen durch Kampfmittelberäumung
Vorlage: 18/SVV/0875
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
KOUL (ff)
- 4.10 Lärmschutz - Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit BAB A10
Vorlage: 18/SVV/0884
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
KOUL, OBR Marquardt, OBR Uetz-Paaren, HA
- 4.11 Einsatz von Laubsaugern und -bläsern einschränken
Vorlage: 18/SVV/0888
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.12 Trinkwasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungskonzept 2019 - 2023
Vorlage: 18/SVV/0839
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 4.13 Sachstandsbericht zur Vergabe der Fördermittel zum Tierschutz
Vorlage: 18/SVV/0933
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Berichterstattung (Zwischenbericht) zur "Erarbeitung eines Anpassungsstrategiekonzeptes (Hitzeschutz) für Potsdam"
(gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0546)
Kordinierungsstelle Klimaschutz
- 5.2 Berichterstattung zum "Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt Potsdam"
(gem. Beschluss zur DS 17/SVV/0532)
Kordinierungsstelle Klimaschutz
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.11.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 22.11.2018 gibt es keine Einwände. Sie wird mit 5:0:1 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Vorschläge:

Den Tagesordnungspunkt 4.2 „Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße“ erklärt der Antragsteller als durch Verwaltungshandeln erledigt. Er wird nicht aufgerufen.

Der Tagesordnungspunkt 4.13 Mitteilungsvorlage „Sachstandsbericht zur Vergabe der Fördermittel zum Tierschutz“ wird gebeten an den Tagesordnungspunkt 3.2 anzuschließen, da beide durch denselben Mitarbeiter der Verwaltung vertreten werden.

Die Tagesordnungspunkte 4.4 „Öffentliche Auslegung – Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam“ und der Tagesordnungspunkt 4.9 „Verringerung der Beeinträchtigungen durch Kampfmittelberäumung“ werden gebeten vorzuziehen, da die vertretenden Mitarbeiterinnen der Verwaltung, aufgrund des Einsatzes bei der heutigen Kampfmittelberäumung bereits seit heute früh in Dienst sind. Die beiden Tagesordnungspunkte werden vor dem Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Ein Antrag auf Rederecht liegt zum Tagesordnungspunkt 4.10 „Lärmschutz – Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit BAB A10“ vor. Herr Henry Savade möchte hierzu als Anwohner gehört werden.

Dem Antrag auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

**zu 3 Mitteilungen der Verwaltung aus der Sitzung des KOUL-Ausschusses vom
22.11.2018
(aus zeitlichen Gründen nicht geschafft)**

**zu 3.1 Berichterstattung zum "Grünkonzept Hermannswerder"
(gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0266)
Kommunaler Immobilien Service (KIS)**

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) zeigt anhand von Folien, die diesem Protokoll beigelegt werden, das beabsichtigte Vermarktungskonzept für Flächen auf Hermannswerder. Er informiert über die Umsetzungsfläche der Wagenhausburg sowie über die potentielle Verkaufsfläche.

Herr Walter erkundigt sich nach der zeitlichen Umsetzung des Vorhabens.

Herr Richter gibt an, dass nach Abschluss der Verkaufsverhandlungen noch in diesem Jahr begonnen werde.

Herr Jäkel mahnt einen behutsamen Umgang mit dem Grün- und Baumbestand auf den betroffenen Flächen an und möchte wissen, ob dieser gewährleistet sei.

Hierbei verweist Herr Richter auf das zu führende Baugenehmigungsverfahren und die daran beteiligten Fachbehörden. In diesem Verfahren ist das genereller Bestandteil.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

**zu 3.2 Berichterstattung zum Sachstand/ Evaluation zur "Weiterführung der
Erstattung der Trichinenuntersuchungsgebühr"
(gem. DS 18/SVV/0574 - Festlegung aus der Stadtverordnetenversammlung
vom 5.9.2018)
Fachbereich Soziales und Gesundheit**

Herr Dr. Schielke (Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung, Amtstierarzt) führt zum Sachstand bei der Erstattung der Trichinenuntersuchungsgebühr aus. Nachdem die Verlängerung der Erstattung der Gebühr durch die Stadtverordnetenversammlung am 5.9.2018 beschlossen wurde, konnte sie lückenlos fortgeführt werden. Die Erstattung der Trichinenuntersuchungsgebühr für erlegtes Schwarzwild aus den Potsdamer Jagdbezirken wird zur Prävention und ggf. zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) auf alle Schwarzwild-Altersklassen ausgedehnt und weitergeführt. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung. Es treten jährlich Kosten von maximal 8 000 Euro auf, die in der Haushaltsplanung des Bereichs Veterinär- und Lebensmittelüberwachung berücksichtigt worden sind. Unabhängig von der ASP-Situation soll nach 3 Jahren über die Weiterführung erneut entschieden werden.

Auf die Frage von Herrn Walter, gibt Herr Dr. Schielke an, dass in Deutschland bisher keine Fälle von Schweinepest vorliegen, dies aber über kurz oder lang sehr wahrscheinlich ist. Gerade Potsdam sei aufgrund seiner Lage und seiner hohen Wildschweinpopulation ein gefährdetes Gebiet.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.13 Sachstandsbericht zur Vergabe der Fördermittel zum Tierschutz

Vorlage: 18/SVV/0933

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit (Mitteilungsvorlage)

Herr Dr. Schielke (Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung, Amtstierarzt) stellt die Mitteilungsvorlage kurz vor. Zum endgültigen Abschluss der Angelegenheit sind noch einige Nachreichungen durch den Tierschutzverein nötig, unter anderem fehle noch der Gesamtfinanzierungsplan. Die fehlenden Nachweise seien durch den Verein angekündigt, sodass sobald alle Nachweise vorliegen, die verwalteten Gelder an ihn ausgezahlt werden können.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 18/SVV/0933 zur Kenntnis.

zu 4.4 Öffentliche Auslegung - Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes der LH Potsdam 2018 - 2023

Vorlage: 18/SVV/0840

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Frau Prestin (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger [Abfallentsorgung]) bringt die Vorlage ein.

Die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Abfallwirtschaftskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2018 bis 2023 wird im Bürgerservice erfolgen.

Herr Jäkel erkundigt sich, ob es im Hinblick auf Rückgaben von Altgegenständen, beispielsweise durch die Aufstellung von entsprechenden Containern durch die diese Artikel vertreibenden Baumärkte, Gespräche mit den im Stadtgebiet ansässigen Händlern gibt. Gerade kostenpflichtiger Abfall (Keramik etc.) werde immer wieder am Straßenrand abgestellt. Er möchte wissen, ob diese Entsorgungen nicht kostenfrei geregelt werden können.

Frau Prestin weist darauf hin, dass innerhalb der Landeshauptstadt Potsdam bereits ein Großteil der Rückgaben/ Entsorgungen von Altgegenständen kostenfrei sei. Alles gebührenfrei zu gestalten sei nicht möglich. Bauabfälle werden auch künftig kostenpflichtig sein. Die Frage nach den Gesprächen mit den ansässigen Baumärkten nimmt sie mit.

Auf die Frage von Herrn Walter zum Verhandlungsstand in Sachen Biovergärung und weitere Anmerkungen und Fragen der Mitglieder geht Frau Prestin ein.

Der Vorsitzenden stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Abfallwirtschaftskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2018 bis 2023

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.9 Verringerung der Beeinträchtigungen durch Kampfmittelberäumung

Vorlage: 18/SVV/0875

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

KOUL (ff)

Der Vorsitzende ruft den Antrag DS 18/SVV/0875 auf und gibt an, dass dieser im Ausschuss für Bildung und Sport am 15.1.2019 behandelt und abgelehnt worden sei.

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Frau Hoenes (Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten) folgt dem Beschluss des Ausschusses für Bildung und Sport. Eine akute Gefährdung durch Blindgänger mache eine Ansammlung solcher Gegenstände unmöglich. Eine Entschärfung sei in der Regel innerhalb eines Vormittags möglich, sodass, auch wenn künftig noch einige Vorfälle dieser Art zu erwarten sind, an dem gängigen Procedere nichts geändert werden soll.

Herr Piest erkundigt sich bezogen auf die Fläche des alten Tramdepots, ob abzuschätzen sei, wie viele Blindgänger hier noch zu erwarten sind.

Frau Hoenes erklärt, dass die Suche auf dem Tramdepotgelände noch bis Ende März läuft. Prognosen sind nicht möglich.

Herr Jäkel kündigt an, der antragstellenstellenden Fraktion den Vorschlag zu unterbreiten, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären. Das Ergebnis dieser internen Beratung wird der kommenden Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, sodass im hiesigen Ausschuss keine Abstimmung vorgenommen wird.

Für dieses Vorgehen spricht sich Herr Heinzl aus. Gegen den Vorschlag spricht

niemand.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Drucksache 18/SVV/0875 unter dem o. g. Vorgehen zur Kenntnis.

zu 4.1 Baumschutz und Baumerhalt

Vorlage: 18/SVV/0731

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
(Mitteilungsvorlage)

Herr Moninger (Bereich Umwelt und Natur) bringt die Mitteilungsvorlage ein und geht im Besonderen auf die Gefahren durch Umpflanzungen ein.

Herr Jäkel kritisiert bezogen auf Baumverpflanzungen die Formulierung „Damit trägt diese Maßnahme langfristig nicht zu einer begrünten Stadt und zu den Klimazielen der Landeshauptstadt Potsdam bei.“ Diese Aussage sei ihm zu resolut.

Er möchte wissen, ob für einzelne Fälle von Verpflanzungen nicht externe Firmen gesondert beauftragt werden können.

Herr Moninger informiert, dass dies bereits gemacht werde. Es werden Verpflanzungen vorgenommen; es gebe nur keine Garantie, dass der Baum nach der Versetzung erhalten werden kann. Eine Umpflanzung birgt immer ein Risiko.

Herr Lack verweist auf andere Kommunen, die für betroffene Bäume eine Risikoabschätzung vornehmen. Er plädiert dafür, zumindest für besondere Bäume trotz des Risikos einer Verpflanzung den Vorzug zu geben.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage Drucksache 18/SVV/0731 zur Kenntnis.

zu 4.2 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße

Vorlage: 17/SVV/0912

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
KOUL, SBV (ff)
(Wiedervorlage)

Der Antragsteller erklärt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 4.3 Flächennutzungsplan-Änderung "Kramnitz" (14/17 A) , Abwägung und Feststellungsbeschluss

Vorlage: 18/SVV/0836

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL, OBR Fahrland

Frau Franke (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigefügt wird.

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplan (FNP) -Änderung 14/17 A umfasst den südlichen Teilbereich des Entwicklungsgebietes Krampnitz und ist durch Bestandsgebäude, die unter Denkmalschutz stehen, geprägt, welche wieder genutzt werden sollen. Der nördliche Teilbereich wird im Rahmen der FNP -Änderung 14/17 B auf Basis des Masterplans für den Entwicklungsbereich Krampnitz in einem eigenständigen Verfahren geändert.

Des Weiteren gibt sie einen Verfahrensüberblick und geht auf die Auswertung der förmlichen Beteiligung ein.

Der Ortsbeirat Fahrland hat die Vorlage in seiner Sitzung am 16.1.2019 behandelt und ungeändert zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung empfohlen.

Herr Walter hat eine Nachfrage zu den geäußerten Bedenken bezogen auf die Verkehrsanbindung.

Herr Rubelt informiert, dass dieses Thema im Rahmen der Masterplanung verfolgt werden wird.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung "Krampnitz" (14/17 A) entschieden (siehe Anlagen 2A und 2B).
2. Die Flächennutzungsplan-Änderung "Krampnitz" (14/17 A) wird beschlossen, die dazugehörige Begründung einschließlich des Umweltberichts wird gebilligt (siehe Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.5 Bebauungsplan Nr. 157 "Neue Mitte Golm", Änderung des räumlichen Geltungsbereiches und Flächennutzungsplan-Änderung

Vorlage: 18/SVV/0858

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL, OBR Golm

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll beigefügt wird.

Sie macht Angaben zur Bestandssituation der nördlichen und südlichen Fläche und geht auf den Planungsanlass sowie die Planungsziele ein. Es ist beabsichtigt, den Ortsteil Golm städtebaulich und funktional zu verknüpfen und im Bereich des Bahnhofsumfeldes eine Ortsmitte zu gestalten.

Der Ortsbeirat Golm hat die Vorlage in seiner Sitzung am 13.12.2018 behandelt

und mit einer Ergänzung zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung empfohlen. Er bittet ergänzend um Prüfung des Erlasses einer Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB. Aus Verwaltungssicht ist kein Anlass erkennbar, der kritisch zu bewerten ist und bei dem eine Veränderungssperre greifen würde. Frau Holtkamp empfiehlt, der Ergänzung des Ortsbeirates Golm nicht zu folgen.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 157 "Neue Mitte Golm" ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2). Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 4.6 Stärkung des Umweltverbundes im STEK Verkehr

Vorlage: 18/SVV/0872

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) kann dem Antrag folgen und empfiehlt seine Annahme. Zum weiteren Verfahren gibt er an, dass die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr ab 2020 erfolgen soll. Entsprechend der Zielstellung wird die weitere Förderung des Umweltverbundes auch in der Fortschreibung ein inhaltlicher Schwerpunkt sein. Wie bereits bei dem bestehenden StEK Verkehr wird auch bei der Fortschreibung die Aufgabenstellung mit der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt werden.

Herr Jäkel sieht den Antrag als bereits durch Verwaltungshandeln erledigt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf zu achten, dass bei den Vorbereitungen zur Fortschreibung des STEK Verkehr der Umweltverbund konsequent gestärkt wird. Ihm ist sowohl in der Planung als auch in der Abstimmung mit den Nachbargemeinden und dem Land Brandenburg sowie in der Finanzierungsplanung höchste Priorität einzuräumen. Darüber hinaus ist besonderes Augenmerk auf klimaneutrale Antriebstechniken sowie die gemeinschaftliche Nutzung von Verkehrsmitteln Wert zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4.7 Bordabsenkung am Brandenburger Tor und Luisenplatz

Vorlage: 18/SVV/0873

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL, SBV (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Wohlfahrt bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein und begründet ihn:

Die DS 18/SVV/0873 wird um folgenden Absatz ergänzt:

„Außerdem wird der Oberbürgermeister beauftragt, zu prüfen:

- ob die Querungsfläche verbreitert und bessere Aufstellflächen für Radfahrer und Fußgängerinnen markiert werden können,
- wie auf der Fahrbahn der Radweg deutlicher gekennzeichnet werden kann (z. B. durch Farbpiktogramme oder Einfärbung des Radweges),
- ob die Fußgänger- und Radfahrampel von einer Bedarfs- auf eine Regelschaltung umgestellt werden kann und
- ob die Verlängerung der Grünphase für Fußgänger und Radfahrerinnen möglich ist.“

Herr Jäkel weist auf die schützende Funktion von Bordsteinen für Fußgänger hin.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) bebildert die Situation vor Ort. Problematisch an dieser Stelle sind Leitungen der Telekommunikation, die von einer Bordabsenkung über die gesamte Querungsfläche betroffen wären. Der Telekomverteilerschacht ist Ursache für den verbleibenden Hochbord auf einer Teilstrecke der Querung. Eine Absenkung des Straßenbordes wäre daher konstruktiv sehr aufwendig und kostenintensiv. Nichtsdestotrotz hält er eine Absenkung wie gefordert an dieser Stelle für sinnvoll und daher den Antrag für annehmbar.

Frau Lentz sieht das Problem hier eher bei der Lenkung der Verkehrsströme von Fußgängern und Radfahrern, die sich dort regelmäßig in die Quere kommen. Die Stelle sei für sie zudem nicht prioritär und eine Absenkung nicht erforderlich.

Herr Walter hält eine Lenkung der verschiedenen Verkehrsströme an dieser Stelle nicht für möglich.

Herr Jäkel schließt sich der Einschätzung von Frau Lentz an. Der Antrag sollte als Prüfauftrag gestellt werden.

Frau Bode erkundigt sich, ob es an dieser Stelle ein Blindenleitsystem gibt. Falls nicht, soll das mitgeprüft werden.

Herr Walter ändert für den Antragsteller den Antrag in einen Prüfauftrag und übernimmt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE sowie die Bitte um Prüfung eines Blindenleitsystems von Frau Bode.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, ob derden** Straßenbord am Brandenburger Tor und am Luisenplatz auf der gesamten **LängeQuerungsfläche abgesenkt werden kann sowieabzusenken.**

- **ob die Querungsfläche verbreitert und bessere Aufstellungsflächen für Radfahrer und Fußgängerinnen markiert werden können,**
- **wie auf der Fahrbahn der Radweg deutlicher gekennzeichnet werden kann (z. B. durch Farbpiktogramme oder Einfärbung des Radweges),**
- **ob die Fußgänger- und Radfahrrampel von einer Bedarfs- auf eine Regelschaltung umgestellt werden kann und**
- **ob die Verlängerung der Grünphase für Fußgänger und Radfahrerinnen möglich ist**
- **ob an dieser Stelle ein Blindenleitsystem errichtet werden kann.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.8 Erschließung von Krampnitz durch eine Buslinie

Vorlage: 18/SVV/0874

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL, SBV (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert, dass die entsprechende Erschließung bereits läuft und in diesem Zusammenhang ein Rahmenkonzept für

den Busvorlaufbetrieb von Krampnitz durch die Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP) erarbeitet und der Verwaltung im Entwurf vorgelegt wurde. Dem Grunde nach könne dem Antrag gefolgt werden. Im Hinblick auf die generellen Bestrebungen einer Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes wäre es jedoch sinnvoll, nicht mehrere Konzepte zu dieser Angelegenheit vorliegen zu haben, sondern diesen Teilaspekt in das ÖPNV-Konzept, das voraussichtlich bis März vorgelegt werden kann, zu integrieren.

Herr Niehoff bringt folgenden Änderungsantrag ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein ÖPNV-Konzept zur Erschließung des neuen Stadtteils Krampnitz vorzulegen. Dabei soll unter Berücksichtigung der schrittweisen Entwicklung von Krampnitz sowohl der anvisierte Straßenbahnbetrieb als auch ein Vorlaufbetrieb bis zur Inbetriebnahme der Straßenbahn durch Busse betrachtet werden. Dies ist in die Relation Potsdam – Groß Glienicke einzufügen.“

Herr Walter übernimmt den Änderungsantrag der Verwaltung.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein **ÖPNV**-Konzept zur Erschließung des neuen Stadtteils Krampnitz ~~bis zur Inbetriebnahme der Straßenbahn durch Busse~~ vorzulegen. **Dabei soll unter Berücksichtigung der schrittweisen Entwicklung von Krampnitz sowohl der anvisierte Straßenbahnbetrieb als auch ein Vorlaufbetrieb bis zur Inbetriebnahme der Straßenbahn durch Busse betrachtet werden.** Dies ist in die Relation Potsdam-Groß-Glienicke einzufügen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.10 Lärmschutz - Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit BAB A10
Vorlage: 18/SVV/0884

Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
KOUL, OBR Marquardt, OBR Uetz-Paaren, HA

Herr Savade nimmt als Anwohner des Ortsteils Uetz-Paaren sein Rederecht wahr.

Die Anwohner seien ohne jegliche Lärmschutzmaßnahmen dem Autobahnlärm ungeschützt ausgesetzt. Die Verkehrsströme auf diesem Abschnitt nehmen seit der Wiedervereinigung kontinuierlich und in hohem Maße zu. Eine Besserung der Situation für die Betroffenen ist ohne die Ergreifung von Lärmschutzmaßnahmen nicht möglich. Herr Savade schildert die Auseinandersetzung mit dem zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen, an den die Anwohner die entsprechenden Anträge gestellt haben. Der Antrag auf eine ganztägige

Reduzierung der Geschwindigkeit wurde abgelehnt. Allerdings wurde eine Überschreitung des Richtwertes im Nachtzeitraum (zwischen 22.00 und 6.00 Uhr) festgestellt, sodass ein Handlungsbedarf bei Nacht vorliegt. Der Landesbetrieb räumt hier ein, dass eine Pegelwertminderung in diesem Zeitraum erst durch die Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW zu bewirken ist. Auch eine solche Reduzierung wird vom Landesbetrieb nicht vorgenommen, stattdessen seien den Anwohnern Lärmsanierungsmaßnahmen (an den Wohnhäusern) angeboten worden, unter Kostenbeteiligung der Betroffenen.

Herr Savade bittet die Landeshauptstadt sich für die Betroffenen einzusetzen und auf den Landesbetrieb bezüglich der Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit in den Nachtstunden einzuwirken.

Herr Becker bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er bittet die Landeshauptstadt Potsdam (LHP), als Verfahrensbeteiligte aktiv zu werden und sich für die Belange der betroffenen Anwohner einzusetzen.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) weist darauf hin, dass die LHP nichts bewirken kann, was schon einmal abgelehnt worden ist und das hat der Landesbetrieb Straßenwesen in seinem Bescheid, sehr ausführlich begründet, getan. Unabhängig davon könnten mit dem Landesbetrieb natürlich Gespräche zur Reduzierung der Geschwindigkeit in den Nachtstunden geführt werden.

Herr Jäkel hält den Antrag für nicht sinnvoll. Nirgends in Deutschland gebe es eine solche Geschwindigkeitsreduzierung. Er verweist auf die individuell vornehmbaren Lärmschutzmaßnahmen, die hier geprüft werden sollten. Er kann den Antrag nicht unterstützen.

Herr Becker bleibt bei dem Antrag wie eingebracht. Nach Beschluss und Umsetzung werde man sehen was passiert. Dann könne weiter überlegt werden. Für ihn ist diese Maßnahme an dieser Stelle die einzige Möglichkeit.

Herr Piest weist darauf hin, dass nach seinem Verständnis der Landesbetrieb einzig in den Nachtstunden Handlungsbedarf sieht. Der bisherige Antrag bezog sich auf eine ganztägige Reduzierung, die abgelehnt worden sei. Demnach ist nun ein Antrag bezogen auf die Nachtstunden zu stellen, was getan werden sollte.

Herr Rubelt stellt klar, dass die Landeshauptstadt Potsdam das Anliegen unterstützt. Dieses sollte (als politisches Anliegen) in geeigneter Form an den Landesbetrieb Straßenwesen herangetragen werden. Er schlägt vor, im ersten Satz des Antrages hinter dem Wort LKW „im Rahmen des behördlichen Ermessens“ einzufügen.

Herr von Osten-Sacken unterstützt die Sichtweise von Herrn Rubelt.

Herr Jäkel stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der zuständigen Behörde in Kontakt zu treten, um zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr im Rahmen des behördlichen Ermessens zu verringern und um weitere Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen, die geeignet sind, die Lärmbelastung der Anwohner zu verringern.“

Der letzte Satz bleibt ungeändert bestehen.

Herr Wohlfahrt plädiert dafür, die konkreten Zahlen im Antrag zu belassen, da sie vom Landesbetrieb Straßenwesen selbst aufgestellt worden sind. Er unterstützt das Anliegen in der eingebrachten Form mit der Ergänzung von Herrn Rubelt explizit. Die geforderten Prüfungen in dem Änderungsantrag von Herrn Jäkel nehmen ihm zu viel Zeit in Anspruch und würden die Umsetzung des Anliegens nur unnötig auf die lange Bank schieben.

Herr Heinzel übernimmt den Ergänzungsvorschlag von Herrn Rubelt, hinter dem Wort LKW „im Rahmen des behördlichen Ermessens“ einzufügen.
Über den Änderungsantrag von Herrn Jäkel soll gesondert abgestimmt werden.

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag von Herrn Jäkel zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der zuständigen Behörde in Kontakt zu treten, um zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr im Rahmen des behördlichen Ermessens zu verringern und um weitere Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen, die geeignet sind, die Lärmbelastung der Anwohner zu verringern. Dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung ist bis Februar 2019 ein Zwischenbericht vorzulegen.

Er wird mit 1:3:1 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der zuständigen Behörde in Kontakt zu treten, um eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der BAB A10 Abschnitt Uetz und Marquardter Siedlung in der Zeit von 22.00 Uhr - 6.00 Uhr auf 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW **im Rahmen des behördlichen Ermessens** zu erwirken.

Dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung ist bis Februar 2019 ein Zwischenbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4.11 Einsatz von Laubsaugern und -bläsern einschränken

Vorlage: 18/SVV/0888

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Lack bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) gibt an, soweit sich der Prüfauftrag auf den öffentlichen Raum bezieht, kann dem Antrag entsprochen werden.

Herr Wohlfahrt erkundigt sich, ob neu angeschaffte Laubbläser grundsätzlich elektrisch betrieben werden und was eine vollständige Umrüstung auf elektrisch betriebene Geräte kosten würde.

Herr Schenke bestätigt, dass es sich bei der Neuanschaffung von Laubbläsern um elektrisch betriebene Geräte handelt. Was eine Umrüstung der Altbestände kosten würde, kann in die Prüfung aufgenommen werden.

Herr Jäkel stellt fest, dass Laub grundsätzlich nicht weggeblasen oder aufgesaugt werden sollte, da es auf bestimmten Flächen wichtige Funktionen hat. Des Weiteren weist er darauf hin, dass zusammengefügtes Laub letztlich auch weggesaugt werde.

Der Vorsitzende stellt den ergänzten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, in welchen Stadtgebieten und Straßenzügen auf den Einsatz von Laubsaugern und -bläsern verzichtet werden kann **und was die vollständige Umrüstung auf elektrisch betriebene Laubbläser kosten würde.**

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im April 2019 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis.

einstimmig angenommen.

zu 4.12 Trinkwasserversorgungs-und Abwasserbeseitigungskonzept 2019 - 2023
Vorlage: 18/SVV/0839

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) erinnert an den Vor-Ort-Termin zur Besichtigung des Klärwerkes Nord und an die anschließende Diskussion. Für weitere Fragen stehe er zur Verfügung.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage Drucksache 18/SVV/0839 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Berichterstattung (Zwischenbericht) zur "Erarbeitung eines Anpassungsstrategiekonzeptes (Hitzeschutz) für Potsdam" (gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0546)

Koordinierungsstelle Klimaschutz

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) berichtet, dass die Verwaltung derzeit 51 mögliche Anpassungsmaßnahmen für das Wetterextrem Hitze prüft. Diese Vorschläge werden auf Zuständigkeit, Ressourcenbedarf und kurzfristige Umsetzbarkeit untersucht. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Sie kann aber schon berichten, dass bei vielen Maßnahmen die Zuständigkeit nicht gegeben ist oder die personellen und finanziellen Mittel fehlen. Andere Maßnahmen seien bereits durch Verwaltungshandeln erledigt. Insgesamt benötigt die Verwaltung mehr Zeit, auch aufgrund knapper Ressourcen - um jedoch der Intention der Beschlussfassung gerecht zu werden, soll für die Stadtverordnetenversammlung im Mai ein Überblick über das Machbare für den kommenden Sommer gegeben werden.

Frau Lippert erinnert an dieser Stelle an den Masterplan Klimaschutz. Es macht aus Sicht der Verwaltung bei einer solchen notwendigen größeren Abstimmung wenig Sinn, nur auf Hitze zu fokussieren, da Potsdam auch von Starkregen und Sturm betroffen ist. Daher wird mit der Berichterstattung im Mai vorgeschlagen werden, eine Prüfung der Anpassungsstrategie, nach dem Verfahren so wie es beim Masterplan Klimaschutz durchgeführt wurde, zu planen.

Herr Jäkel betont, im Mai nicht die Prüfung für jede einzelne Maßnahme vorliegen haben zu wollen. Ihm geht es um exemplarische Maßnahmen, die entweder bereits im kommenden Sommer umgesetzt werden können oder Maßnahmen, zu denen mit privaten Eigentümern Kontakt aufgenommen worden ist. Beispielsweise die Errichtung von Trinkbrunnen. Er wünscht sich eine Mitteilung im Mai zu punktuellen Maßnahmen; einen Zwischenbericht, keine abgeschlossene Prüfliste.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 5.2 Berichterstattung zum "Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt Potsdam"
(gem. Beschluss zur DS 17/SVV/0532)
Koordinierungsstelle Klimaschutz

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) informiert, dass eine Dachbegrünungsstrategie ein typischer Output in den Maßnahmenempfehlungen einer Stadtklimakarte ist. Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) hat zwar eine Stadtklimakarte, allerdings nicht in der nötigen Feinauflösung und nicht mit einem Maßnahmenanteil hinterlegt. Diese Karte beruht zudem auf Indikatoren und digitalen Daten; sie ist nicht mit Messungen validiert. Daher sollte die geplante Erstellung der Stadtklimakarte in dem Forschungsvorhaben der Universität Potsdam „ExTrass“ – „Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen– Typologien und Transfer von Anpassungsstrategien in kleinen Großstädten und Mittelstädten“ als Grundlage zur anschließenden Erarbeitung einer Dach- und Fassadenbegrünungsstrategie genutzt werden. In dieses Forschungsvorhaben ist die LHP eingebunden; sie erhält in diesem Rahmen für die Erstellung der Stadtklimakarte eine einhundertprozentige Förderung.

Der ursprünglich für April 2018 vorgesehene Start konnte nicht realisiert werden, da es den dazu nötigen Haushalt für die Bewilligung von Forschungsvorhaben nicht gab. Das Forschungsvorhaben und damit auch der Teil der Stadtklimakarte für Potsdam wurde zum 1. November 2018 bewilligt. Die Ausschreibung der Stadtklimakarte dauert noch an. Ein möglicher Auftragsbeginn ist Anfang Mai denkbar.

Die Bearbeitung wird mit insgesamt drei Jahren voraussichtlich bis Ende September 2021 dauern. Die Verwaltung strebt jedoch an, den Output der Stadtklimakarte, die Erstellung der Dach- und Fassadenbegrünungsstrategie, nach den ersten validierten Auswertungen erarbeiten zu lassen. Eine Ausschreibung dieser Leistung ist noch für dieses Jahr vorgesehen. Die Fertigstellung der Dach- und Fassadenbegrünungsstrategie ist demnach frühestens zum Jahresende 2020 realistisch.

Herr Lack erkundigt sich nach Probeläufen durch städtische Unternehmen, auf die Frau Lippert eingeht.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

Herr Lack, für den dies heute die letzte Sitzung ist, dankt den Mitgliedern für die besonders konstruktive Zusammenarbeit in diesem Ausschuss und den stets respektvollen Umgang miteinander. Auch dies seien Gründe dafür, dass der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zunehmend an Wichtigkeit gewonnen habe.

Auch dankt er der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, die er stets als positiv empfunden hat.

Herr Rubelt dankt Herrn Lack für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht ihm für den neuen Abschnitt alles Gute.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift